Damit schließt die Besprechung. § 1 wird hiernach unverändert angenommen, ebenso § 2. § 3 handelt von der Verwendung und Bezeichnung von Tabakersatzstoffen und bestimmt u. a., daß Tabakersatzstoffe nur nach näheren Bestimmungen des Reichsfinanzministeriums verwendet werden dürfen.

Abg. Dr. Blunck (Dem.): Namens meiner politischen Freunde bitte ich Sie, dem § 3 einen neuen Absatz hinzuzufügen, wonach jede aus Tabakersatzstoff hergestellte Zigarette den Aufdruck „Ersatzstoff" und jede aus Tabak unter Mitverwendung von Ersatzstoffen hergestellte Zigarette den Aufdruck „Mischware" zu tragen hat. Wer wahllos Zigaretten kauft, der bekommt eine Zigarette in die Hand, auf der steht: Orientalische Tabakzigarettenfabrik, aber nichts davon, daß es sich um eine Tabakmischung handelt.

Damit schließt die Besprechung. Der Antrag Dr. Blunck (Dem.) wird angenommen und mit dieser Aenderung der ganze § 3, ebenso der § 4. Unter Ablehnung sämtlicher Abänderungsanträge wird er in der Ausschußfassung mit großer Mehrheit angenommen.

Das Gesetz wird darauf ohne weitere Debatte angenommen.

Präsident Fehrenbach schlägt vor, die Verhandlungen auf morgen nachmittag 3 Uhr zu vertagen, um den Rest der heutigen Tagesordnung unter Einfügung des Umsatzsteuergesetzes zu erledigen.

Abg. Hue (Soz.): Wir bitten doch die Umsatzsteuer morgen abzusetzen. Sie behandelt die indirekten Steuern, und deshalb können wir sie nicht beraten, ehe nicht zuerst die direkte Steuer, die wir erwarten, nämlich das Einkommensteuergesetz, erledigt ist.

Abg. Gröber (Zentr.): Die Reichseinkommensteuer wird und muß kommen. Sie ist gesichert, da in der Regierung doch die Minister der Sozialdemokraten sitzen. Letztere sollen doch kein Mißtrauen gegen ihre eigenen Minister haben, daß sie eine Einkommensteuer einbringen, die der sozialdemokratischen Anschauung nicht entspricht.

Das Ergebnis der Abstimmung über den Vorschlag des Präsidenten bleibt zweifelhaft. Es muß Auszählung erfolgen. Für den Vorschlag werden 108, gegen denselben 88 Stimmen abgegeben.

Präsident Fehrenbach: Damit ist der Vorschlag des Präsidenten angenommen, aber gleichzeitig die Beschlußunfähigkeit des Hauses festgestellt. Es ist daher Sache des Präsidenten, die Tagesordnung festzusetzen. (Große Heiterkeit.) Ich setze die nächste Sitzung fest auf morgen nachmittag 3 Uhr mit der Tagesordnung Anfragen. Rest der heutigen Tagesordnung. Umsatzsteuer. — Schluß 8¼ Uhr.

Tagesgeschichte.

Deutsches Reich.

Die Regierung über die Kriegsbeschädigten-Forderungen. Das Reichskabinett hat in seiner Sitzung am Sonnabend auf die von dem Reichsbund der Kriegsbeschädigten, Kriegsteilnehmer und Kriegshinterbliebenen erhobenen Forderungen auf Zubilligung außerordentlicher Unterstützung folgenden Beschluß gefaßt: Die von dem Reichsbund der Reichsregierung unterbreiteten Forderungen zur Behebung der Notlage der Kriegshinterbliebenen belaufen sich allein für die einmalige Unterstützung und für die geforderten Rentenzuschläge für das Jahr 1919 auf über 500 Millionen Mark. Der Reichsregierung stehen außer den Mitteln, welche bereits bewilligt worden sind, also auch insbesondere außer den am 27. April ds. Js. zur Verfügung gestellten 300 Millionen Mark weitere Mittel zur Zeit nicht zur Verfügung, da die gesetzgebenden Körperschaften solche nicht bereitgestellt haben. Die Reichsregierung wird jedoch von den gesetzgebenden Körperschaften für den mit dem 1. Oktober ds. Js. in Kraft tretenden Reichshaushaltplan die Einstellung ausreichender Mittel erbitten. Die kommende Steuergesetzgebung kann erst die Möglichkeit geben, einer nach sozialen Grundsätzen aufzubauenden Versorgungsgesetzgebung näher zu treten.

Der Streik in Oberschlesien. Wie die Pressestelle des Staatskommissariats mitteilt, streikten gestern 35 bis 40 Prozent der Belegschaften des gesamten oberschlesischen Kohlenbezirks. Die Ausständigen fordern die Wiedereinstellung der entlassenen Arbeiter und erheben Einspruch gegen den Grenzschutz, gegen die Wiedereinstellung der von den Arbeitern entlassenen Beamten und gegen die Verhaftung mehrerer Obmänner.

Der U-Bootbau eingestellt. Eine Havas-Depesche meldet: Die alliierten Mächte haben angeordnet, daß der Bau von Unterseebooten als maritimes Angriffsmittel für alle alliierten Kriegsflotten einzustellen sei.

Die deutsch-polnischen Verhandlungen. Gestern nachmittag fand im Gebäude des ehemaligen Herrenhauses in Berlin die Eröffnung der Verhandlungen zwischen der deutschen und der polnischen Regierung statt.

Die deutschen Kriegsgefangenen. In Pariser-amerikanischen Kreisen glaubt man, daß die Vereinigten Staaten die deutschen Kriegsgefangenen solange zurückbehalten, bis der Friedensvertrag von zwei weiteren Mächten ratifiziert ist.

Auflösung des Großen Generalstabs. Am 1. Oktober wird der Große Generalstab als oberste Operationsbehörde des alten Heeres aufgelöst. Die Operations- und die Presseabteilung werden ganz aufgelöst, die anderen Abteilungen Reichs- und Staatsbehörden unterstellt.

Einspruch bei der Sowjetregierung. Die deutsche Regierung hat folgenden Funkspruch an die russische Sowjetregierung gesandt: Russisches Volkskommissariat für auswärtige Angelegenheiten, Moskau. Zeitungsnachrichten zufolge hat der Rat der Volkskommissare durch Verordnung vom 4. März des Jahres die Aktien und Anteilscheine nationalisierter und sequestrierter russischer Unternehmungen annulliert, diese Unternehmungen von der Zahlung aller von der Nationalisierung kontrahierten Schulden an Privatpersonen mit Einschluß der Obligationsanleihen befreit und ihre in Kreditanstalten befindlichen Kapitalien zugunsten des russischen Staates eingezogen. Die deutsche Regierung erhebt Einspruch gegen jede durch dieses Vorgehen erfolgte Beeinträchtigung deutscher Interessen. Sie behält sich Geltendmachung deutscher Entschädigungsansprüche vor.

Das Verfahren gegen den Kaiser. Laut Amsterdamer „Handelsblad" meldet „Sunday-Times": Trotz der Erklärung Bonar Laws im Unterhause, daß die Alliierten ihren Beschluß bezüglich des vormaligen deutschen Kaisers nicht geändert hätten, besteht guter Grund zu der Annahme, daß das Verfahren nicht durchgeführt werden wird. Das Blatt schreibt, es sei kein Geheimnis, daß die Engländer mit ihren Forderungen nach Aburteilung des Kaisers allein stünden und daß die amerikanischen Vertreter auf der Konferenz in Paris den Plan für unpolitisch und zwecklos gehalten hätten. Die Alliierten würden wahrscheinlich, um den Schein zu wahren, die Niederlande offiziell um die Auslieferung des Kaisers ersuchen. Die Niederlande würden sich offiziell weigern, dies zu tun, und damit würde die Frage erledigt sein.

Der Hamburger Bankbeamtenstreik. Die Bankangestellten der Norddeutschen Bank haben sich dem Streikbeschluß mit 208 gegen 97 Stimmen angeschlossen. Reichswehrsoldaten bewachen die Banken, jedoch werden den Streikposten keine Hindernisse in den Weg gelegt.

Keine Nachricht vom Handels-U-Boot „Bremen". Die Nachricht von der Rückkehr der Mannschaft des Handels-U-Bootes „Bremen" trifft nicht zu. Ueber das Schicksal dieser Leute konnte bislang nichts Näheres festgestellt werden.

Ankauf von Bedarfsschuhwerk. Das Reichswirtschaftsamt plant, wie aus Berlin gemeldet wird, die Bereitstellung eines erheblichen Betrages zum Ankauf von Schuhwerk für die bedürftige Bevölkerung. Das Schuhwerk soll in großen Mengen aufgekauft und zu mäßigen Preisen abgegeben werden.

Die Erhöhung der Postgebühren. Die dem Staatenausschuß vorliegenden Entwürfe zur Erhöhung der Postgebühren sind, wie wir dem „Berl. Lokalanz." entnehmen, auf drei Gesetze verteilt, eines über die Aenderung der Fernsprechgebühren, eines zur Aenderung des Telegraphengesetzes und eines über das Postgesetz. Die Telegrammgebühren sollen in Zukunft für Ortstelegramme 5 Pf. für das Wort, mindestens aber 50 Pf., für gewöhnliche Telegramme, im Fernverkehr 10 Pfg. für das Wort, mindestens aber 1 Mk. betragen. Im Fernsprechwesen soll die Bauschalsumme betragen in Netzen von nicht über 50 Teilnehmeranschlüssen 180 M., bei mehr als 50 bis einschließlich 100 Teilnehmeranschlüssen 200 Mk., bis zu 200 Anschlüssen 240 Mk., bis zu 500 Anschlüssen 280 Mk., bis zu 1000 Anschlüssen 300 Mk., bis zu 5000 Anschlüssen 320 Mk., bis zu 20000 Anschlüssen 340 Mk. und bei einer darüber hinausgehenden Anschlußzahl 360 Mk. für den Anschluß. Bei den Apparaten mit Grund- und Einzelgesprächsgebühren beträgt die Grundgebühr in Netzen von nicht über 1000 Anschlüssen 120 Mk. Sie steigt dann bis zu 5000 Teilnehmern auf 150 Mark, bis zu 20000 Teilnehmern auf 180 Mk. und darüber auf 200 Mk. Die Einzelgesprächsgebühr beträgt 10 Pf. Auch der telephonische Fernverkehr wird neuen Bestimmungen unterworfen. Ein Ferngespräch kostet bei der Entfernung bis zu 25 Kilometer 40 Pf., bis zu 50 Kilometer 50 Pf., bis zu 100 Kilometer 1 Mk., bis zu 500 Kilometer 2 Mk., bis zu 1000 Kilometer 3 Mk. und darüber hinaus 4 Mk. Der Gesetzentwurf über die Aenderung des Postscheckgesetzes besteht aus nur zwei Paragraphen. Für jede Auszahlung soll künftighin eine feste Gebühr von 10 Pf. und außerdem eine Steigerungsgebühr von einem Zehntel vom Tausend des auszuzahlenden Betrages entrichtet werden. Am wichtigsten ist der Entwurf über das Posttarifwesen. Durch ihn wird zunächst das Fernbriefporto bis zu 20 Gramm auf 20 Pf., bei Briefen über 20 Gramm auf 30 Pf. erhöht. Das Strafporto soll das Doppelte des Fehlbetrages betragen. Das Paketporto wird nach der Entfernung und nach dem Gewicht erhoben. Bei der Entfernung werden zwei Zonen, eine Nahzone bis 75 Kilometer einschließlich und eine Fernzone über 75 Kilometer, unterschieden. Beim Gewicht werden vier Stufen von je 5 Kilogramm unterschieden. Das 5-Kilogramm-Paket hat an Porto zu zahlen: in Nahzone 75 Pf., in der Fernzone 1,25 Mk. Pakete über 10 Kilogramm kosten in beiden Fällen das Doppelte. Bis zu 15 Kilogramm 3 und 5 Mk., Pakete bis 20 Kilogramm 4 und 6 Mk. Nicht oder unzureichend freigemachte Pakete werden nicht befördert. Für Wertsendungen werden erhoben zunächst die Gebühren wie für eine gleichartige eingeschriebene Sendung und außerdem eine Versicherungsgebühr von 20 Pf. für je 1000 Mk. Wertangabe. Das Neue an dem Posttarifgesetz ist, daß die bisher übliche Trennung der für eine Sendung zu erhebenden Gebühren in Beförderungsgebühren und Bestellgebühr wegfällt. Auch die Erhebung der Portobeträge für nicht oder unzureichend freigemachte Pakete und Wertbriefe hört auf. Das Höchstgewicht der Pakete ist von 50 Kilo auf 20 Kilo herabgesetzt. Mit der Erhöhung des Briefportos sollen im Verordnungswege auch die Gebühren für die übrigen Briefsendungen erhöht werden. Bei Drucksachen ist die Gebühr bis 50 Gramm die gleiche geblieben. Darüber hinaus beträgt die Erhöhung bis 100 Gramm 2½ Pf. und steigt jeweilig um 5 Pf. Bei Geschäftspapieren beträgt sie durchgängig 5 Pf., ebenso bei Warenproben und Mischsendungen. Rohrpostbriefe steigen von 35 auf 60 Pf., Rohrpostkarten von 30 auf 50 Pf. Für Postanweisungsgebühren werden neue Stufen aufgestellt. Für Beträge von 5 bis 100 Mark werden einschließlich Bestellgeld künftighin 40 Pf. erhoben, bis zu 250 Mk. steigt der Satz auf 60, bis zu 500 Mk. auf 80 Pf. Beträge von 500 bis 1000 Mk. kosten 1 Mk. — Der Staatenausschuß hat am Freitag der Erhöhung der Postgebühren zugestimmt.

Deutsch-Oesterreich.

Aus den Aufzeichnungen eines Hofmannes. Die „B. Z. am Mittag" veröffentlicht Aufzeichnungen aus dem Tagebuche eines Wiener Hofmannes. Darnach erschienen am 31. Oktober 1918 die Erzherzöge Josef, Eugen und Albrecht gemeinsam beim Kaiser, trugen ihm die Bitte vor, sofort zurückzutreten, und zwar zu Gunsten des Kronprinzen Otto, um die Dynastie zu retten. In Oesterreich wolle Erzherzog Eugen, in Ungarn Erzherzog Josef es noch jetzt in letzter Stunde übernehmen, die Monarchie für das Haus Habsburg zu retten. Die Erzherzöge wiesen darauf hin, daß sich die Kaiserin unpopulär gemacht habe und daß gerade die Erzherzöge Eugen und Josef die beliebtesten Mitglieder des Hauses Habsburg seien; daher die letzte Hoffnung, die sich an ihre beiden Namen knüpfe. Auch würde die Armee diesen zwei Heerführern begeistert Gefolgschaft leisten. Es folgte eine unangenehme sehr erregte Szene zwischen dem Monarchen und den Erzherzögen, die jedoch von ihrem Standpunkte nicht abgingen. Schließlich wandte der Kaiser den Erzherzögen den Rücken und unterließ die Fortsetzung des Gesprächs.

Ungarn.

Eine Proklamation Erzherzog Josefs. Dem „Berl. Lokalanzeiger" wird aus Budapest gemeldet: Erzherzog Josef hat eine Proklamation erlassen, in welcher er feierlich erklärt, daß er nicht daran denke, die Monarchie wieder zu errichten und sich die ungarische Krone zu erwerben. — Als künftiger König von Ungarn wird jetzt auch der englische Herzog Adolf von Teck genannt.

Rumänien will Ungarn nicht räumen. Das rumänische Preßbüro meldet: Wie in Regierungskreisen verlautet, will Rumänien keinesfalls Ungarn räumen, ehe nicht die Entente alle im Vertrage von 1916 gemachten Zugeständnisse einlöst. — Nach einem Telegramm der „Neuen Zürcher Zeitung" nimmt der Konflikt zwischen Rumänien und der Entente immer schärfere Formen an. „Corriere della Sera" sieht den vollständigen Bruch mit der Entente voraus.

Schweiz.

Volksabstimmung. Die vorgestrige Volksabstimmung hat mit 196 135 gegen 77 676 Stimmen für frühere Neuwahlen zum Nationalrate, und zwar Verhältniswahlen, entschieden.

Japan.

Ausstand der Schriftsetzer. Laut „Telegraaf" sind in Tokio die Setzer in den Ausstand getreten. Infolgedessen erscheint zum erstenmal in der Geschichte der Stadt keine Zeitung. Die Regierung widersetzt sich der Anerkennung der Gewerkschaften. Infolge der unter den japanischen Arbeitern herrschenden Beunruhigung ist eine Krisis nicht ausgeschlossen.

Amerika.

Nach dem Alkohol das Nikotin. Die „Times" melden aus Newyork, daß, nachdem die Werbetätigkeit für das Alkoholverbot in den Vereinigten Staaten so gut gelungen sei, eine gleiche Propaganda gegen den Nikotingenuß ins Leben gerufen werden solle.

Besserung der Streiklage in Amerika. Laut „Telegraaf" meldet die „Times" aus Washington, daß sich die Lage in der amerikanischen Industrie dank der Entschlossenheit, mit der Wilson eingegriffen hat, und weil die Bewegung unter den Arbeitern augenblicklich von den gemäßigten Elementen in der Arbeiterschaft geführt zu werden scheint, wesentlich gebessert hat. In allen Eisenbahnwerkstätten beginnt der Streik abzuflauen. In Newyork ist zwischen den Schauspielern und Theaterdirektoren noch keine Einigung erzielt worden. Beim der Hochbahn-Theater sind auch geschlossen. Wie das Reutersche Bureau aus Newyork meldet, ist der Streik der Trambahnangestellten in Brooklyn beendet. Die Eisenbahnangestellten haben eine von 15 Führern der Angestellten unterzeichnete Erklärung veröffentlicht, in der zum Ausdruck gebracht wird, daß die Arbeiter nicht beabsichtigt hätten, das Publikum durch Gewalt oder Streik einzuschüchtern.

Die englischen Blätter vom 9. bringen eine „Central News"-Meldung, der zufolge Wilson in seiner vor dem Kongreß gehaltenen Rede noch sagte, die Vereinigten Staaten dürften die Warensendungen nach Europa nicht unterbrechen. Europa sei der größte Kunde Amerikas und es müsse unterstützt werden, sonst würde die amerikanische Industrie darunter leiden.

Oertliches und Sächsisches.

Riesa, den 12. August 1919.

—* **Grober Unfug.** Schon wieder sind Klagen über unerhörtes Verhalten des Publikums in den städtischen Anlagen eingegangen. Es sind sowohl auf den Anlagen des Kaiser-Wilhelm-Platzes, an der Klosterkirche und auf dem Poppitzer Platz, als auch im Stadtparke Rosenstöcke, Alpenrosen und andere wertvolle Pflanzen gestohlen worden. Die Blumen sind unsinnigerweise abgerissen worden, sodaß sich Niemand mehr an deren schönem Gedeihen erfreuen kann. Die Bänke im Stadtpark sind in ekelerregender Weise verunreinigt worden; auch hat man Vergnügen daran gefunden, sie zu zerschlagen und ihre einzelnen Teile im Stadtpark zu verschleppen. Das sind fürwahr traurige Zustände. Es sei hiermit jedermann aufs nachdrücklichste vor solchem frevelhaften Handeln gewarnt. Der Leidtragende ist die Allgemeinheit, und bei uns bedeutet die Beschädigung der Anlagen für jeden Naturfreund und Erholungsuchenden tatsächlich in noch höherem Maße eine Benachteiligung als anderswo. Das Publikum sollte sich nicht damit abfinden, daß es sich sagt, wir haben einen Parkwächter und wir haben eine Polizei. Die nachdrückliche Zurechtweisung der Frevler durch das Publikum kann wesentlich zum Erfolg beitragen. Auf jeden Fall muß jeder, der in den Anlagen bei Diebstählen oder grobem Unfug betroffen wird, unnachsichtlich zur Anzeige gebracht werden.

— **Reichlichere Lebensmittel für Sachsen.** Das sächsische Lebensmittelamt ist bei dem Reichsernährungsamt dahin dringend vorstellig geworden, schleunigst reichlichere Lebensmittel, besonders Kartoffeln, nach Sachsen gelangen zu lassen. Die Stimmung der Arbeiterbevölkerung gibt zu neuen Befürchtungen Anlaß. Die Chemnitzer Krawalle scheinen nur der Anfang zu weiteren Unruhen gewesen zu sein. Man ist der Meinung, daß die Reichsverwaltung die schlechten Ernährungsverhältnisse in Sachsen sehr unterschätzt, insbesondere auch unter den sächsischen Bergarbeitern.

— **Das Rätesystem bei der sächsischen Staatsbahn.** Die „Leipz. N. N." melden: In den nächsten Tagen wird eine Verordnung erscheinen, durch die für den Bereich der sächsischen Staatsbahn die Wahl von Arbeiter- und Beamtenräten ausgeschrieben wird. Diesen A.- und B.-räten werden sehr weitgehende Befugnisse eingeräumt. Alle Maßnahmen der Dienststellenvorsteher werden in Zukunft der Genehmigung der A.- und B.-Räte bedürfen. Nur in besonders dringenden Fällen sollen die Dienststellenvorsteher ohne vorheriges Gehör der A.- und B.-Räte Anordnungen treffen dürfen. Bei der Generaldirektion selbst wird ein Zentralrat für die gesamte Eisenbahnverwaltung gebildet werden.

—* **Keine Schleichhandelsware in Chemnitz.** Durch die Presse gehen Meldungen über Lebensmittelmengen, insbesondere Buttervorräte, die in Chemnitz anläßlich der dortigen Unruhen durch wilde Revisionen festgestellt wurden. Die amtlichen Ermittelungen haben, wie vom Wirtschaftsministerium mitgeteilt wird, ergeben, daß es sich hierbei nicht um Schleichhandelsware handelt. Die vorgefundenen Mengen waren für die behördliche Zuteilung der Rationen bestimmt und im Verhältnis zu den hierzu nötigen Mengen keineswegs übermäßig groß. So stellte der vorgefundene Buttervorrat wenig mehr als die zur Verteilung einer Wochenration nötigen Mengen dar. Unregelmäßigkeiten sind nicht festgestellt worden. Es ist selbstverständlich, daß die zur Verteilung kommenden Rationen nicht erst im Augenblick oder auch am Tage der Ausgabe am Verteilungsort eintreffen. Um die Verteilung durchführen zu können, müssen die hierfür bestimmten Mengen spätestens schon einige Tage vorher in den Lagerstellen vorhanden sein.

—* **Zu der angeblichen Vermögensabschiebung des Königs von Sachsen** erfährt der „Abend", daß die Flugzeugsendung der Wertobjekte vom Prinzen Wied erfolgte, der seit geraumer Zeit nicht mehr deutscher Staatsangehöriger ist, und Fürst von Albanien war. Der ehemalige Fürst, der zur Zeit in der Schweiz weilt, wurde von Freunden veranlaßt, die Wertobjekte auf diese Art Verwandten in Schweden überbringen zu lassen. — Der Dresdner Anzeiger schreibt, daß der juristische Sachverwalter des Königs diese Meldung für vollständig unwahr erklärt. Die Regierung werde voraussichtlich eine Untersuchung einleiten. — In einer Kopenhagener Meldung heißt es ferner: Die beiden Deutschen, die bei dem Schmuggelversuch an der süddeutschen Küste abgefaßt wurden, hatten sich als Herr und Frau Bochhausen angemeldet. Es stellte sich aber heraus, daß dieser Name fingiert war. Der Herr hat eine sehr exponierte Stellung am sächsischen Hof eingenommen, und die Dame trägt einen Namen, der in der Kriegsgeschichte der letzten Jahre sehr bekannt geworden ist. Unter den Schmuckgegenständen, die sich jetzt im Gewahrsam der schwedischen Zollbehörden befinden, fällt besonders ein Perlenhalsband auf, das allein auf den ungeheuren Wert von 700 000 Kronen taxiert wird. Als besonders kostbar werden auch die prächtigen alten deutschen und Brüsseler Spitzen beschrieben, die ebenfalls durch die Luft nach Schweden geschmuggelt werden sollten. Allgemein taxiert man den Wertinhalt der beiden Pakete auf mehrere Millionen Kronen.

—* **Die Unabhängige sozialdemokratische Partei Sachsens** hielt in Leipzig eine außerordentliche Landesversammlung ab. Lipinski erstattete den Bericht des Landesvorstandes und schloß daran eine Schilderung der Regierungsbildung in Sachsen seit der Revolution. Weiter berichtete Lipinski über den Stand der Parteipresse und über die Parteiorganisation. Die Unabhängigen zählen jetzt in Sachsen 61 000 Mitglieder. Von den vorliegenden Anträgen forderten zwei eine sofortige Stellungnahme zur Arbeiterjugendbewegung. Wie Frau Sietz (Berlin) ausführte, wolle die Jugendbewegung der U. S. P. vor allem Erziehung zum revolutionären Klassenkampf. Die Anträge wurden an den Landesvorstand verwiesen. Den Bericht der Volkskammerfraktion erstattete Hermann Müller, Leipzig. Er übte lebhafte Kritik an der sozialdemokratischen Regierungspartei und den bisherigen Maßnahmen der Regierung. Der verhängte Belagerungszustand sei von langer Hand vorbereitet gewesen. Ein Antrag verlangte, sich grundsätzlich gegen eine Beteiligung an der Regierung und gegen die Haltung der Regierung in Chemnitz zu erklären und die Arbeiterschaft zum Kampfe gegen die Regierung und für die Rätediktatur aufzufordern. Gegenüber diesem und einem weiteren Antrag auf Absetzung des Punktes 3a der Tagesordnung (die Regierungsbildung) erklärten sowohl Lipinski als auch einige andere Redner, daß die Delegierten gerade zur Besprechung dieses Punktes nach Leipzig geschickt worden seien. Die Tagesordnung des gestrigen Tages bilden die Berichte über die politische Lage im Reiche und in Sachsen, und zwar